

Volksmacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Gluckstraße 4/6, durch die Filialen der „Volksmacht“, Neus-Grangenzstraße 5 und Friedrichstraße 105, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägervorschuss monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägervorschuss 2,10 Rml. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Verbands- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Schwere Gewitterwolken ziehen herauf!

Er einer Diskonterhöhung — Beschluß des Reichsbankdirektoriums

Der Zentralausschuß der Reichsbank, der für vormittags 11 Uhr zusammenberufen worden ist, wird den Entschluß um 1 v. H. von 4 v. H. auf 5 v. H. erhöhen. Das Reichsbankdirektorium hat sich zu dieser Erhöhung entschieden überraschend in den letzten Abendstunden.

A. Kr. Diese Maßnahme ist ein schwerer Schlag für die deutsche Wirtschaft. Denn sie bedeutet eine Erhöhung der Kosten der Zeit, in der alles auf Preisentwertung ankommt. Nur durch Preisentwertung kann die gegenwärtige Wirtschaftskrise, soweit sie Konjunkturkrise ist, überwunden werden. Und es ist ja gerade die unbillige Hochhaltung der Preise wichtiger Waren durch die Inflation, die es verursacht, daß die Krise nicht zurückgehen will. Die Maßnahme muß daher eine Verschärfung der Wirtschaftskrise bewirken, da sie entweder bei Vermehrung der Herausforderung der Preise bestimmten Unternehmungen mit einer bestimmten Kapitalspanne das Weiterarbeiten unmöglich macht, also zu neuen Preissteigerungen führen muß, oder da sie, soweit Preise auf dieser Kostensteigerung zur Erhaltung der bisherigen Kapitalspanne ebenfalls heraufgehoben werden, eine weitere Verschärfung des Abwärtstrends dieser Waren und damit ebenfalls erneute Preisbeschränkungen und selbst Stilllegungen zur Folge haben. Auf jeden Fall wird diese Maßnahme die Arbeitslosigkeit vergrößern.

Trotzdem kann man der Reichsbank aus ihrem Entschluß einen Vorwurf machen. Denn sie hat sicherlich triftige Gründe. Und wenn sie diese Maßnahme jetzt durchführt, so tut sie dies, obwohl sie die oben angedeuteten Wirkungen, die zu erwarten sind, genau kennt, nur um schlimmeres zu verhüten. Die Maßnahme hat eine vorbeugende Funktion. Unsere Wirtschaft ist in einer ganz anomalen Lage, in einer Lage, die allen Gesetzen kapitalistischen Wirtschaftskrisen Hohn zu sprechen scheint. In dieser schweren Krise, trotz Brachliegens ganzer, großer Industriezweige, trotz außerordentlicher Verringerung des augenblicklichen Kapitalbedarfs in der deutschen Wirtschaft infolgedessen, beginnt sich eine erneute Kapitalknappheit anzukündigen und ist bereits die große Kapitalflucht, die noch vor mehreren Wochen vorhanden war und in einer solchen Krise das Normale ist, augenblicklich bereits fast völlig verschwunden. Es besteht bereits eine Kapitalknappheit. Wenn eine solche wirklich eintreten würde, die Wirkung auf die Wirtschaft noch viel katastrophaler sein. Dies gilt es deshalb auf jeden Fall zu vermeiden. Die Kapitalknappheit droht aber, weil zurzeit trotz Überflusses dauernd beträchtliche Gold- und Devisenentziehungen bei der Reichsbank stattfinden, so daß das Deckungsverhältnis für die Reichsbanknoten, das noch vor wenigen Wochen noch hoch war, sich stark verringert hat, obwohl die Inanspruchnahme der Reichsbank nicht oder doch nicht entsprechend zusammengefallen hat und immer noch sehr gering ist. Diese Entziehungen haben ihre Ursache in einem Fallen der deutschen Währungen im Ausland und dienen der Steigerung des Kurzes der deutschen Währungen. Uebrigens ist auch die Inanspruchnahme der Reichsbank durch die deutsche Wirtschaft zurzeit künstlich überhöht. Man wird zurzeit nicht allein von dem Kapitalbedarf der Wirtschaft bestimmt, wie das normalerweise in guten und ruhigen Zeiten der Fall ist, sondern davon, daß gewisse Unternehmen, die ausländische kurzfristige Kredite hatten und denen diese plötzlich gekündigt wurden, sich nun plötzlich anderweitig benötigten Betriebsmittel verschaffen müssen.

Damit sind wir bereits bei der Ursache der ganzen anomalen Lage angelangt. Diese Erscheinungen hatten nämlich ihre Ursache einmal in der in den letzten Monaten stark anwachsenden Flucht des deutschen Kapitals aus Deutschland und in der Kündigung langfristiger ausländischer, besonders amerikanischer Kredite in den letzten Wochen. Beide Erscheinungen sind nicht wirtschaftliche, sondern rein politische Ursachen. Wirtschaftliche Ursachen können sie nicht haben, weil anderswo das Niveau zurzeit noch niedriger ist als in Deutschland und die Kapitalflucht deshalb weniger verdienen, wenn sie ihr Kapital nach Deutschland bringen. Aber sie nehmen dieses Opfer auf sich, weil sie Angst haben, ihre Vermögen durch den Werteverfall zu verlieren. Und diese Angst haben sie aus politischen Gründen, nämlich infolge des Werteverfalls der Nazis und der mit einer Erhöhung der Nazis verknüpfte gegnerische Möglichkeiten neuer politischer Bestimmungen in Europa und schwerer Kämpfe im Innern Deutschlands.

Diese im Augenblick unabwehrbare Verschärfung der Krise durch Erhöhung der Produktionskosten könnte theoretisch auf zweierlei Art wieder beseitigt werden. Einmal, indem man ihre Ursachen aus der Welt schafft. Das heißt, indem das Bürgerium, das noch nicht dem nationalistischen Machtwahn verfallen ist, sich endlich dazu aufrafft, den Nazis eine entschiedene und endgültige Abfuhr zu erteilen und durch eine entschiedene Schwendung nach links und Annahme der berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie in bezug auf die Finanzreform, die Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik eine nazifreie Regierung von Dauer zu ermöglichen. Dies gilt besonders für Wirtschaftspartei, Volkspartei und die rechten Splittergruppen. Statt dessen sehen wir, daß ihre Politik gerade in entgegengesetzter Richtung verläuft, daß sie der Errichtung der Naziherrschaft dauernd mit allen Kräften Vorschub leisten: Deshalb sind sie aber auch neben den Nazis die eigentlichen Schuldigen an der neuen Verschärfung der Wirtschaftskrise bzw. der Verhinderung ihrer wenigstens teilweisen Ueberwindung. Und diese wirtschaftlichschädigende Maßnahme der Reichsbank ist daher nur die erste Teilquittung für ihre völkerverfeindliche Politik. Sie nicht anzunehmen ist, daß diese Parteien jetzt schon durch Schaden klug geworden sind, daß sie also ihre bisherige Politik aufgeben werden, ist dieser Weg der Abhilfe zurzeit verschlossen. Die Schuld tragen die bürgerlichen Rechtsparteien.

bleibt, wenigstens theoretisch, der andere Weg, der eben in der Diskonterhöhung besteht. Aber praktisch dürfte auch dieses Mittel, zur Zeit wenigstens, ziemlich wirkungslos sein. Abgesehen davon, daß die Wirkungen der Diskontpolitik überhaupt beschränkt sind, dürfte ihre Wirkung zur Zeit, eben aus den genannten politischen Ursachen mit ihren psychologischen Wirkungen heraus, recht gering sein. Die Wirkung der Diskonterhöhung

besteht theoretisch und bei normalem, durch die Politik nicht gestörten Gang der Wirtschaft auch praktisch einmal darin, daß sie durch Schaffung oder Vergrößerung der Zinsspanne zwischen dem Inland und dem Ausland ausländisches Kapital nach Deutschland lockt, bzw. deutsches ausgewandertes Kapital zurücklockt, weil sie ihm bei Anlage in Deutschland höhere Profitmöglichkeiten bietet. Sie besteht andererseits darin, daß sie die zum Schutz gegen Inflation notwendige Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen durch Verringerung des Notenumlaufs infolge Droffelung der Kreditentnahme vergrößert.

Dies bedeutet aber zugleich, wie zu Anfang gezeigt, Droffelung der Wirtschaft und ist zwar auch eine Sicherung der Währung, vor allem aber eine Verschärfung der Krise. Diese Wirkung ist also nur zum Teil eine willkommene, zum anderen Teil eine höchst unwillkommene, aber unvermeidbare Nebenwirkung. Das was eigentlich mit der Maßnahme bezweckt wird, ist das Zurücklocken des abgewanderten bzw. das Festhalten des noch bei uns befindlichen Kapitals.

Aber gerade diese Wirkung dürfte nur sehr unvollkommen erreicht werden. Denn die Angstpsychologie der in- und ausländischen Kapitalisten ist aus den genannten politischen Ursachen so stark, daß diese Profitlockung zur Zeit verjagen wird und muß. Das kann nur geändert werden durch eine grundlegende Aenderung der gegenwärtigen Politik. So zeigt sich, daß es im Augenblick zur Zeit nur ein wirkliches Heilmittel gibt und daß dies nur in der angeführten politischen Schwendung der bürgerlichen Rechten bestehen kann. Diese hat also die Verantwortung für jede weitere Verschärfung der Krise.

Dennoch war die Maßnahme unvermeidlich. Denn zum mindesten muß alles getan werden, um dem Kapital die Abwanderung zu erschweren, und außerdem ist es ja auch unerlässlich, die deutsche Währung zu sichern, soll nicht noch weiteres furchtbares Unheil über die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk hereinbrechen. Diese Währungssicherung ist aber zur Zeit nur auf diese Weise erreichbar.

Jedenfalls bedeutet diese Diskonterhöhung ein ernstes Wetterzeichen. Sie zeigt allen deutlich, wohin der Weg führt, den das deutsche Bürgerium mit seiner gegenwärtigen Politik geht. Er führt geradeswegs in den Abgrund.

Was ist da los?

Ein Regierungsblatt zweifelt ein amtliches Kommunique an — Ist eine Schwendung der deutschen Außenpolitik in Vorbereitung?

Das Reichskabinett beschäftigte sich dieser Tage mit den Verhandlungen der letzten Völkerbundversammlung und stimmte den Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Curtius über den Verlauf dieser Verhandlungen zu. Dazu schreibt heute die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt Söjales:

Der Deutschnation wird suggeriert, Dr. Curtius habe durch seinen Vortrag die Zustimmung des Kabinetts zu der bisherigen wie zu der künftigen deutschen Außenpolitik erreicht, was durch die Erklärungen des Kanzlers vor dem Reichstag noch unterstrichen werden sollte. In der Rundgebung des Kabinetts selbst ist aber kein Wort davon enthalten, daß auch die großen Richtlinien einer künftigen deutschen Außenpolitik auf Grund der Ausführungen des Reichsaußenministers von allen Ministern gebilligt worden seien. Man hat sich nur über die taktische Haltung im Reichstag geeinigt. Ebenso kann aus ihnen gefolgert werden,

daß die Regierungserklärung sich ausdrücklich zu einer Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik bekennen werde. Das sind Auslegungen und Ausweitungen, die offenbar vorbereitet werden, um das Reichskabinett auf einen Sinn seiner Beschlüsse festzulegen, der niemals bestritten haben kann. Wir halten es einfach für ausgeschlossen, daß die im Kabinett sitzenden Gegner der früheren Außenpolitik dem Außenminister unter der Wirkung einmaliger Ausführungen (denen doch sehr eindeutige Tatsachen aus der nahen und fernen Vergangenheit entgegenstehen) geradezu einen Freibrief für die zukünftige deutsche Außenpolitik erteilt haben. Ebenwenig ist es denkbar, daß die Erklärungen zugestimmt haben, die sich nochmals vorbehaltlos zu der Außenpolitik der vergangenen Jahre bekennen, zu einer Außenpolitik, der jedoch durch die Reichstagswahl eine vernichtende Abfuhr erteilt worden ist, zu einer Politik schließendlich, die sie befanntlich selbst stets verurteilt haben.“

Die Industrie für Brünnings Finanzplan

Sie preist natürlich den Lohnabbau

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich am Mittwoch mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung beschäftigt und betont in einer Entschließung sein Einverständnis mit den Grundzügen des Sanierungsplans, was ja angesichts der in den Vorschlägen der Regierung vorgezeichneten Lastenverteilung wohl nicht gut anders denkbar ist.

Der Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung sei, so führt die Entschließung des Reichsverbandes aus, „geeignet, das öffentliche Vertrauen wieder herzustellen, wenn er tatkräftig durchgeführt werde“. Insbesondere wird auf die Einbeziehung der Personalangelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und auf die „Schwächung der öffentlichen Verwaltung“ hingewiesen. „Insbesondere“ heißt das Reichsverband damit auch die gegen die Streikbewegung in der Privatwirtschaft „Tätigkeit“ zu betreiben. „Insbesondere“ heißt das Reichsverband damit auch die gegen die Streikbewegung in der Privatwirtschaft „Tätigkeit“ zu betreiben. „Insbesondere“ heißt das Reichsverband damit auch die gegen die Streikbewegung in der Privatwirtschaft „Tätigkeit“ zu betreiben.

regierung verzichtet die Resolution mit einem Hinweis auf den Preisabbau, der leider befehllich auf sich warten läßt.

Im übrigen fordert die Entschließung des Reichsverbandes die fällige Verwaltungs- und Verfassungsreform, Fortführung der Handelspolitik auf der bisherigen Grundlinie“ und eine „vernünftige Reparationspolitik mit dem Ziel, die deutschen Verpflichtungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.“

Wahl des Reichsblatts in Königsberg

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters Königsberg, 9. Oktober. (Eigener Rundbericht.) Die Königsberger Stadtväterorden-Versammlung wählte am Mittwochabend den bisherigen Oberbürgermeister Dr. Lehmann wieder zum Oberbürgermeister. Die Wahl erfolgte mit dem Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Demokraten. Sie ist infolge der Beschränkung, als sie zugleich das Recht des öffentlichen Blattes der Reichsblatts und der Reichsblatts im Staatsdienst bedeutet. Der Sozialdemokrat wurde im Verlauf der Verhandlungen über die Wahl Lehmanns ein Stadtratsmandat zugesichert.

Lehrreiche Gemeindevahlen

Sozialdemokratische Erfolge — Kommunistische und nationalsozialistische Verluste

Wenige Wochen sind erst seit den Wahlen zum Reichstag verstrichen. Die Parteizentren sind noch dabei, ihren Erfolg zu verbauen, und dabei gehen alle schönen Karolen, die sie ihren Wählern vorgelesen hatten, zum Teufel. Keine Rede mehr von der „Beseitigung der Wirtschaftskrise“, von der „Zerstückelung des Youngplans“. Sie hiedern sich bei den Kapitalisten an, sie „hatzen“ bei dem „Erbschein“. Und schon geht das Erwachen durch die Reihen der Wähler, die am 14. September den nationalsozialistischen Abzügen folgten. Zu gleicher Zeit wächst aber bei den Arbeitern der Wille, der tatsächlichen Gefahr bei gesteigerter Aktivität zu begegnen. Die Versammlungen der sozialdemokratischen Organisationen sind anherberndlich gut besucht, bei aller Kritik an der eigenen Partei gehen die Parteigenossen mit dem größten Eifer daran, die Massen des wertvollen Volkes für die Ziele der Sozialdemokratie zu gewinnen. Bemerkenswert für diese Stimmung ist der Ausgang zweier Gemeindevahlen, die jüngst im Vogtland und in Mitteldeutschland vorgenommen wurden. In Weisau hatte die Stadtverordnetenwahl folgendes Ergebnis:

	Stadtverordnetenwahl	Reichstagswahl	mehr oder weniger
Sozialdemokr. Partei	2545	2507	+ 48
Kommunistische Partei	2183	2895	- 702
Bürgerliche Parteien	3265	3045	+ 220
Nazis	1699	2146	- 447

Die Wahlbeteiligung war etwas schwächer als bei der Reichstagswahl. Trotzdem hat die Sozialdemokratie noch 30 Stimmen gewonnen, während fast alle

anderen Parteien Verluste haben. Der schwindende Gewinn der Bürgerlichen ist darauf zurückzuführen, daß bei der Stadtverordnetenwahl viele Wähler, die vorher für die Nazis gestimmt hatten, sich jetzt wieder der Wirtschaftspartei zu wandten. Die Sozialdemokratie ist in Weisau wieder zur stärksten proletarischen Partei geworden, während sie bei der Reichstagswahl erst nach den Kommunisten kam. Ein ähnliches Ergebnis brachte die Gemeindevahl in Kassel bei Weisau. Obwohl hier die Wahlbeteiligung von 299 auf 296 zurückging, konnte die Sozialdemokratie ihre Stimmen gegenüber dem 14. September von 113 auf 137 steigern, während die Kommunisten von 76 auf 47 Stimmen zurückgingen. Die bürgerlichen Stimmen stiegen von 110 auf 112, sie haben sich also so gut wie gar nicht geändert.

Beide Wahlen, in der sächsischen Industriestadt wie in der mitteldeutschen Kleingemeinde, zeigen deutlich, daß die Sozialdemokratie mitten in der Arbeit ist, um die Vorbedingungen für einen neuen Aufstieg der Partei zu schaffen.

Bei der Gemeindevahl in Drossen (Wahlkreis Frankfurt a.O.) ergaben sich die folgenden Verschiebungen:

	Gemeindevahl	Reichstagswahl	weniger
Sozialdemokraten	506	845	- 39
Kommunisten	233	280	- 47
Nazis	1170	1271	- 101

Die Gemeindevahlen in Weisau und in Drossen zeigen, daß die Nationalsozialisten schon wieder in einer rasanten Bewegung sind!

positionen wiederum die Schlachtsteuer, die aber Dedung des immer noch über 18 Millionen bezifferten Betrags allein kaum ausreichen wird. In diesem Zusammenhang spielt auch die Frage einer Neuwahl des Landtags keine untergeordnete Rolle. Dagegen wird die Frage der Bildung der Regierung mit dem letzten Verlaufe des Stat 1930 auszugleichen, nicht verquitt werden. Um die Schwierigkeiten Herr zu werden, sollen bereits unternommen Besprechungen zwischen den Parteien stattfinden. Infolge des Beschlusses die sozialdemokratische Fraktion einmütig, Verhandlungen aufzunehmen, um Klarheit über die Pläne zum Ausgleich des Stat zu erhalten.

Woh pensioniert

Der Berliner Magistrat beschloß am Mittwoch Pensionierungsgesuch des Oberbürgermeisters Böh zu dem 1. November 1930 mit der gesetzlichen Pension abzugeben. Der Magistrat wird diesen Beschluß der Stat verordneten-Versammlung in einer Vorlage Kenntnisnahme mitteilen und um Neubezuehung der Stelle bitten.

Die Kommunisten stehlen planmäßig

Stuttgart, 8. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Die Stuttgarter Sozialdemokratie hat vor Reichstagswahlen die Erfahrung machen müssen, daß von ihr in den Häusern in die Briefkästen der einzelnen Abnehmer gelegten Wahlzetteln und Broschüren planmäßig geklaut wurden. Den Tätern der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ wurden sogar ganze Pakete mit Gewalt aus den Händen gerissen. Die Untersuchung der Vorgänge ergab, daß die Diebstähle von der kommunistischen Partei planmäßig vollzogen worden sind. In den Verkehrslotellen der kommunistischen Partei ist das gestohlene Material wieder vorgefunden worden.

Die „Schwäbische Tagwacht“ gibt die Namen und Adressen von 11 Mitgliedern der SPD bekannt, die des Diebstahls an Parteimaterial beschuldigt sind. Die der Begünstigung dieses Diebstahls überführt worden sind. In fünf weiteren Fällen schweben noch polizeiliche Ermittlungen. Die „Schwäbische Tagwacht“ schreibt dazu: „Den Diebstahl als politische Waffe einzuführen, bietet der kommunistischen Partei die Möglichkeit der gezielten Arbeiterklasse, diese Methode moralischer Verleumdung rücksichtslos auszunutzen.“

Disziplinierung kommunistischer Stadträte

Halle, 9. Oktober. (Eig. Funtribeicht)

Der Regierungspräsident in Merseburg hat die kommunistischen Magistratsmitglieder Hertel und Staud aus Halle und Kyparski aus Wittberg vorläufig ihres Amtes entzogen und gegen ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsenthebung eingeleitet. Dieser Schritt wird mit der Zugehörigkeit der betreffenden Magistratsmitglieder zur kommunistischen Partei damit begründet, daß sie fälschlich zur Steuererweiterung, Steuerstreik und zur Steuerjagabotage aufgefordert haben.

Der Kampf um Oesterreich

Der Wahlenruf der Sozialdemokratie

Wien, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht)

Der am Donnerstag erscheinende Wahlenruf der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs beginnt mit einer scharfen Kritik an dem autoritären System, das zu immer schmerzlicheren Erschütterungen führe und schließlich im Bürgerkrieg zu enden drohe.

„Diese fürchterlichen Gefahren“, so heißt es weiter, „müssen überwunden werden. Die demokratische Verfassung muß gegen faschistisches Absolutismus und monarchistische Intrigen geschützt werden. Der Stimmgottel muß dazu benutzt werden, die gegenwärtige Regierung zu fällen. Faschisten dürfen nicht über den Staatsapparat verfügen. Die Arbeiterklasse kann und wird nicht einseitig abdrücken, solange sie die Faschisten gegen die Republik bewaffnet. Wenn wir Sozialdemokraten aus diesen Wahlen so weit hervorgehen, daß wir die Führung der Regierung übernehmen können, dann werden wir alle ehrlichen Demokraten dazu einladen, mit uns gemeinsam die vollkommenere innere Ordnung unter gegenseitiger Kontrolle durchzuführen. Alle Selbstschutzverbände auf beiden Seiten werden gleichzeitig aufgelöst. Alle militärischen Zusammenhänge dieser Formationen, die immer wieder Beunruhigung erzeugen, werden zerstört. Alle Klassen dieser Formationen werden eingezogen und vernichtet werden. Wenn so der Friede im Lande gesichert ist, so wird die von den Sozialdemokraten geführte Regierung alle Kräfte auf die Befreiung der Wirtschaftspolitik und der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Wenn es der autoritären Herrschaft gelingt, in beiden Österreicher und Unterherrschaften die Grundrechte vollständig gleichberechtigt, auf der Grundlage der Unantastbarkeit der sozialen Erwerbsverhältnisse zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zusammenzuführen. Auch Arbeiter und Bauern, die der Antimarkismus gegenüber verachtet werden, sind dann über die Wirtschaftspolitik verständigen können.“

Eigene Heimwehr-Kandidaten

Die Bundesführung der Heimwehr hat beschlossen, den Wahlkampf selbständig zu führen und überall eigene Kandidaten anzuposten. Der Reichstag hat im Lager der bürgerlichen Parteien außerordentlich überrascht.

Die Bildung des „Schöber-Bündes“

In diesen Tagen soll — wie aus Wien gemeldet wird — in Oesterreich ein sogenanntes Schöber-Bündnis gebildet werden. Die hierzu inzwischen eingeleiteten Verhandlungen werden ab heute mit Schöber fortgesetzt.

Wien, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht)

Wie das Abendblatt der sozialistischen „Reichspost“ berichtet, ist die Aufhebung der Ausweisung des Majors Huber noch nicht abgeschlossen. Die Entscheidung erfolgt, wenn Huber ein entsprechendes Gesuch einreicht und das bei bis jetzt nicht geschehen.

Bayerns Sozialdemokratie zur Lage

Billigung des Beschlusses der Reichstagsfraktion

Die Lage in Bayern

München, 8. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

In einer zweitägigen Sitzung hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Landesauschuss der SPD in Bayern Stellung zur politischen Lage im Reich und in Bayern genommen. Das Ergebnis der Beratungen war eine allgemeine Billigung der Politik, die die neue Reichstagsfraktion der SPD mit ihrer Entlassung am 3. Oktober eingeleitet hat.

Die parlamentarische Situation in Bayern ist gekennzeichnet von der Notwendigkeit einer möglichst raschen Abgleichung des Stat 1930, da nur unter dieser Voraussetzung die amerikanischen Banken die notwendige Anleihe zur Verfügung stellen. Im Mittelpunkt der von der gestrichelten Regierung bereits vorbereiteten Beschlüsse steht abgesehen von starken Kürzungen von Haushalts-

Starke Gegenläufe bei den französischen Radikalen

Berriot macht in Chamberlain — Chantemps und Cot für vernünftige Außenpolitik

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht)

Als Auftakt zu dem am Donnerstag beginnenden Kongress der radikalen Partei in Grenoble werden am Mittwoch die ersten Berichte der Referenten veröffentlicht. Sie zeigen bereits deutlich, wie groß die Widersprüche in der Partei sind und wie stark die Gegenläufe zwischen dem rechten und dem linken Flügel auseinanderprallen drohen.

Herrriot ist mit dem Referat über die Außenpolitik beauftragt worden. Sein Bericht liegt noch nicht vor. Aber in zahllosen Reden und Zeitungsartikeln hat Herrriot bereits im patriotischen Hebereiter getuschelt, und hat um die Sicherheit Frankreichs angesichts des Hitler-Sieges und der Stahlhelmparade le bezeugt gezeigt, daß ihm die Rechtsprelle zur Debatte sei: der Nachfolge Briand beantragen will. Der Abg. Chantemps, der gewiß nicht als Revolutionär angesehen werden kann, äußert sich in seinem Bericht über die allgemeine Politik viel ruhiger und sachlicher als Herrriot. Er betont zwar, daß gegenüber der nationalsozialistischen Welle in Deutschland und den Drohungen des Faschismus in Italien erhöhte Wachsamkeit geboten sei, will aber trotzdem unerwiderlich die Politik der Verständigung unter den Völkern bestehen. Das Chaos in Europa sei in der Hauptsache auf die Überproduktion, die Arbeitslosigkeit und den Wirtschaftskrisens der verarmten

Völker zurückzuführen. Durch sachliche, von aller Demagogie freie Politik, wirtschaftliche Einigung und sozialen Fortschritt könnten die republikanischen Parteien den entschiedensten Beitrag zur Sicherung des Friedens tun.

Der Abg. Cot, der Berichterstatter über die Frage der Abrüstung, äußert sich in diametralerem Gegensatz zu Herrriot. Er betont, daß Frankreich durch den Versailler Vertrag und den Völkerbund international zur Abrüstung verpflichtet sei. Frankreich könne sich keinen größeren Gefahren aussetzen, als wenn es die Abrüstung nicht offiziell ablehne. Die französische Regierung: „Erfolgreich dann Abrüstung“, erklärt Cot, daß die Abrüstung kein ein bedeutender Faktor der Sicherheit sei. Er gehe kein besseres Mittel, um die internationale Sicherheit zu erhöhen, als die allgemeine Abrüstung der Völkerbundstaaten. Bei dem augenblicklichen Stand der Verträge sei es durchaus möglich, daß Frankreich, ohne seine Sicherheit zu gefährden, weiter abrüste. Es gehe nicht an, daß Frankreich seine militärische Überlegenheit ewig beizubehalten solle, sondern es müsse die unnützen und gefährlichen Lasten seiner Rüstungen möglichst schnell abwerfen. Zum Schluß fordert der Abg. Cot, daß keine Partei für die sofortige Einberufung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes eintrete.

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnson

Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

44 (Hauptstadt München)

Jetzt lag er, die Arme hinter dem Kopf verflochten, auf dem Boden, und schloß die Augen, um ein wenig Ruhe zu finden. „Wir haben im Gerichtssaal gespielt“, erinnerte Johnny, zu ihm aufblickend.

„Was ist denn das? Der gute Vater, den ich erst gestern geküßt habe. Jetzt ist nicht einmal mehr genug für den Tee heute Abend.“

Sie gab Michael einige feste Klapsen, er knallte in Tränen aus. „Du bist ja krank ja krank“, sagte Johnny.

„Ja krank! Ich, Johnny, was ist es für ein Mann. Wer ist dir denn eingefallen, daß ich ihn den kleinen Vater nennen darf? Aber natürlich, wenn ich nicht im Gerichtssaal geküßt werden und sterben. Der Richter hat mich gesagt, was er tat, wie er mich zwischen den Händen in der Welt gefügt hat.“

Johnny ging nach unten in die Werkstatt hinunter. Er hatte heute den Job erledigt und wollte nach Hause gehen, aber er mußte nicht, daß John in Johnny's Werkstatt arbeitete und das hat er nicht vergessen, der schuldige ist ihm nicht, er ist nicht.

„Was nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

Einem Beamten, den er heute mit John hat, er hat heute den Job erledigt und wollte nach Hause gehen, aber er mußte nicht, daß John in Johnny's Werkstatt arbeitete und das hat er nicht vergessen, der schuldige ist ihm nicht, er ist nicht.

„Was nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Was nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Was nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Was nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

je in Frieden“ dachte der Richter. „Am Donnerstag, der nachfolgend war.“

Johnny hat einen gewissen Erfolg erzielt. „Was mag ich tun?“ flüchelte er, nach dem Kopf des Richters greifend.

„Sie müssen von hier weg und mit mir in die Welt kommen, Gottes Wohlsein zu verdienen.“

Er nickte zurück.

„Was kann ich machen? Ich will mit mir in die Welt kommen.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Doch nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Ich will Ihnen dreißig Tage geben. Kommen Sie meinen Haus am Fluß, wenn Sie Ihren Entschluß gefaßt haben.“

„Ich will für Sie beten, damit Ihnen geholfen werde, das Kind zu tun.“

Er ging weg, die Schuldenverpflichtung hat ihn viele Tage nicht wieder.

Aber dieser Entschluß quälte Johnny. Er schwand fast einmal ganz aus seinen Gedanken und wurde zu einem schrecklichen unvorsichtigen Alpträum.

Bierundzwanzigstes Kapitel

Als Johnny das nächste Mal die Eigentreppe zu dem kleinen Zimmer hinaufstieg, fand er es etwas anders. Er sah nicht ganz so verkommen.

Der zerbrochene Spiegel war auf einen Nagel in der Wand gehängt worden, bevor Hans Kohn und Hedde sich dort befanden. Er sah nicht ganz so verkommen.

„Bist du es, Johnny?“ rief sie, als er eintrat. Sie sah nicht ganz so verkommen.

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

„Nein, nicht ich, kann ich nicht, Johnny hat mich in der Werkstatt gefügt.“

Der Kongress der Labour Party

Erörterung der Agrarreform und des Nationalisierungsproblems
Sieg der Regierung in der Indienfrage

London, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die am Dienstag den Kongress der Labour Party eröffnende Spannung ist gewichen. Der große persönliche und sachliche Erfolg, den MacDonald nach London mitnehmen konnte, hat auch den Delegierten neues Kraftbewußtsein und neue Zielklarheit gegeben. Dies prägte sich am Mittwoch in anstrengender Kleinarbeit aus.

Ehe MacDonald den Kongress verließ, befandete er gegenüber dem Vertreter des „Soz. Pressedienstes“, wie er das Beileidsgramm des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich der Luftschifftragödie als neuen Freundesbeweis zu schätzen wisse.

Fast die gesamte Mitwirkung des Kongresses war der Erörterung sozialer und wirtschaftlicher Probleme gewidmet. Da ist die auch durch England ziehende schwere Agrarkrise. Minister Dr. Addison legte in einem von außerordentlicher Sachkenntnis zeugenden Referat das Problem der indischen Landwirtschaft auseinander. Gleichzeitig erläuterte er das von der Arbeiterregierung dem Parlament vorgelegte neue Agrargesetz, das die schlimmsten Schäden der Krise sowohl für den Bauer wie für den Landarbeiter beseitigen solle. Staatliche Aufkaufszentralen, genossenschaftliche Selbsthilfe, Milchzentralen, Veredelung der Produkte, zugleich aber auch Preisstützungen für den bäuerlichen Verbraucher sind einige Paragrafen. Für den Landarbeiter ist ein Minimallohn vorgezeichnet, und der Lebensstandard dieses Teiles des Proletariats soll so gehoben werden, daß er den Industriearbeitern nicht nachsteht. Damit will die englische Regierung zugleich der Landwirtschaft Gebieten und einer Rückwanderung des arbeitslosen indischen Arbeiters die Wege ebnen. Anlauf von Siedlungsland für Erwerbslose und Errichtung von Mustersiedlungen sind die weiteren Mittel zu den gleichen Zielen. Der Kongress unterstreicht die Rede Addisons mit großem Beifall. Die von einigen Organisationen gestellten Zusatzanträge wurden angenommen.

Auf das Agrarproblem folgt die Nationalisierung und die Diskussion sozialer Fragen. Hier waren es vor allem die Gewerkschaftsvertreter, die die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses und ihre Motive darlegten. Keine Nationalisierung, die nicht zugleich Schutz und Nutzen für die Arbeiterklasse bedeutet, das sind die Grundgedanken aller Erörterungen und gleichzeitig aller Anträge, die der Kongress gutheißt und der Regierung vorlegen wird.

Der Rest der Mittwochssitzung galt Indien, das neues Interesse weckt. Die Unabhängige Arbeiterpartei führt Fenner Broadway vor. Sehr gemäßigter begründet er die Opposition der IAP gegen die Indienpolitik der Regierung. Frau Oldham unterstützt ihren Parteifreund. Herron Parlew von der sozialdemokratischen Föderation verteidigt die Labour-Regierung, die Indien als böse Erbschaft von den kaiserlichen Kabinetten übernommen habe und jetzt versuche, die Verständigung zwischen England und Indien zu erreichen. Kenworthy, ein guter Kenner der indischen Verhältnisse, behauptet, daß niemand anders als Gandhi und die im Gegensatz stehenden indischen Kongressführer ihm persönlich erklärt hätten, eine Preisgabe Indiens durch England wäre heute das größte Unglück für Indien selbst, das weder sozial noch national, weder religiös noch ökonomisch eine Einheit habe. Notwendig sei vorerst, Indien England gleichzustellen. Selbstbestimmungsrecht und Gleichheit für das indische Volk. Emanzipierung der indischen Volksmassen, das allein könne der Wunsch der europäischen Arbeiterbewegung sein und die Politik einer englischen Arbeiterregierung. Beides sei nur durch eine aufrichtige Verständigung zwischen dem englischen und indischen Volk möglich. Dieser Verständigung solle die kommende englisch-indische Konferenz dienen. Der Arbeiterregierung müsse die Möglichkeit gegeben werden, in der Konferenz dahin zu wirken, daß Indien vor dem Chaos bewahrt werde und damit der Welt der Friede erhalten bleibe. Der Kongress der Labour Party werde der Regierung in diesen aufrichtigen Bemühungen keinen Stein in den Weg werfen.

Mit überwältigender Mehrheit schloß sich der Parteitag diesen Darlegungen an und ging über die vorliegenden völlig abgestimmten Entschlüsse zur Tagesordnung über.

Die britische Reichskonferenz

Kanada schlägt gegenseitige Zollvorzugung vor
London, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In der britischen Reichskonferenz, auf deren wirtschaftliche Ergebnisse man in gewissen englischen Kreisen große Hoffnungen gesetzt hat, befaßte man sich am Mittwoch mit der dringlichen Frage eines engeren wirtschaftlichen Zusammenhangs des Reiches.

Der kanadische Premierminister Bennett erklärte, daß die kanadischen Interessen in erster Linie auf Kanadas Wohlergehen gerichtet sein müssen, daß aber bei gegenseitiger Zollvorzugung alle Teile des Reiches gewinnen könnten. Er bot England Vorzugszölle auf dem kanadischen Markt im Austausch gegen entsprechende Vorzugszölle für die kanadische Einfuhr an. Die heißt kein Kollern auf einer zehnprozentigen Erhöhung der jetzigen Generaltarife oder, wo noch keine Zölle bestehen, auf der Erhebung eines solchen Tarifs. Dieses Angebot scheint eine Abwechslung auf den zehnprozentigen finanziellen Zoll für England zu enthalten, von dem schon früher wiederholt die Rede war. Ging aus den Worten des kanadischen Premiers schon hervor, daß das Dominion zwar zu Tarifgeschäften auf dem Gebiete des Zolltarifs nicht aber zu Döpfen bereit ist, so wurde der Grundgedanke der Gegenseitigkeit noch mehr von dem Anführer Scullin betont.

Die Verhandlungen laufen darauf hinaus, der Schutzollbewegung einen neuen Antrieb zu geben. Wenn es wirklich zur weiteren Anwendung von Vorzugszöllen zwischen verschiedenen Ländern des britischen Reiches kommt, so werden diese nicht durch einen Abschlag von dem jetzigen Generaltarif, sondern durch dessen Erhöhung erzielt werden.

Von den Parlamenten

Dienstreifen im Preussischen Landtag

Im Preussischen Landtag ist man zurzeit dabei, die Dienstreifenfrage einer Revision zu unterziehen. Die Verhandlungen gehen vor allem dahin, für Ausnahmefälle an Neuarbeiten Tagen keine Diäten mehr zu zahlen.

Montag Zusammentritt des Reichstages

Die erste Sitzung des neu gewählten Reichstages, die am Montag nachmittags um 3 Uhr eröffnet werden wird, wird von dem Zentrumsvizepräsidenten Hermann Müller als Vizepräsidenten eröffnet werden. Das Präsidium wird am Dienstag gewählt. Am Mittwoch dürfen dann bei Reichstagsbeginn und bei Reichstagsbeginn das Finanzprogramm der Regierung vor dem Reichstage stehen.

Erklärung bei Stenogramm

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichstagspräsidenten Müller. Der Reichstagspräsident erklärte dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten und über die Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten.

Zahnenflucht eines Demokraten

Dresden, 9. Oktober. (Eig. Funterbericht.)

Der demokratische Abgeordnete des sächsischen Landtags, Dr. Dehne, hat am Mittwoch sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger ist der Syndikus des sächsischen Einzelhandelsverbandes, Professor Dr. Kastner. Dehne begründet seinen Mandatsverzicht mit den politischen Zuständen in Sachsen, die ihn ansetzten.

Painlevé hat auch Angst

Paris, 9. Oktober. (Eig. Funterbericht.)

Der ehemalige Kriegsminister Painlevé, den augenscheinlich die neuerwachte patriotische Geschäftigkeit Herzios nicht schlafen läßt, veröffentlicht am Donnerstag gleich zwei Zeitungsartikel auf einmal. Zunächst versucht er im „Duodidien“ die steigenden Rüstungsausgaben im französischen Budget damit zu entschuldigen, daß es aus übertriebener Sparsamkeit seit dem Kriege noch immer nicht möglich gewesen sei, die Munitions- und Arsenalbestände wieder voll aufzufüllen. Dazu komme, daß die Festungsbauten an den Grenzen und die Einführung der einjährigen Dienstzeit ungeheure Mehrkosten verursachen. Er könne daher nur betonen, daß alle Rüstungsausgaben Frankreichs durchaus legitim und unbedingt notwendig seien.

In seinem zweiten Artikel im „Matin“ erklärt sich Painlevé überrascht, ja entsetzt darüber, daß Millionen von Deutschen den blutrünstigen Hehreden des vaterlandslosen Gesellen Hitler gefolgt seien und daß der Stahlhelm am Rhein ungekräftigt die wilden Drohungen gegen Frankreich ausstößt könne. Seit dem Versailler Vertrag, wo die Alliierten darauf verzichtet hätten, den Frieden in Berlin zu diktieren und Deutschland überhaupt in Stücke zu zerlegen, habe insbesondere Frankreich immer seine Hilfsbereitschaft und seinen loyalen Friedenswillen gezeigt. Wenn Deutschland aber wirklich die Politik der gepanzerten Faust betreiben wolle, die einst den Hohenzollern so schlecht gelungen sei, dann müsse es sich sagen, daß dies eine Katastrophe für Europa und den Untergang für es selbst bedeutet.

Kabinett Mironescu in Rumänien

Bukarest, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der König beauftragte den bisherigen Außenminister Mironescu mit der Kabinettsbildung. Mironescu nahm den Auftrag an.

Nede Dajnyński gegen Bilsudski

„Bilsudski bringt Polen Schaden.“

Gestern fand eine Wahlversammlung der Sozialisten in Warschau statt, in welcher der Sejmarschall Dajnyński mit einer großen Rede auftrat, die eine äußerst scharfe Kritik des Bilsudski-Regimes enthielt und sich inhaltlich dem von Dajnyński neuerdings dem Staatspräsidenten eingereichten Memorandum anpaßte. Dajnyński führte aus, er spreche in einem Augenblick, in welchem in Polen die Gerichtsbarkeit einer Ruine gleiche, die bürgerliche Freiheit mißverstanden werde und das Wirtschaftsleben sich in einer Krise befinde. Es sei darum die Pflicht der Arbeiterklasse, den Wahlen nicht fernzubleiben, sondern durch größte Wahlbeteiligung das Schicksal des Landes zu entscheiden. Den demokratischen Parteien warf Dajnyński ihre Zersplitterung vor, die erst jetzt durch den Zusammenschluß in der Zentralkommission endlich beendet worden sei. Sodann wandte sich der Sejmarschall direkt gegen die Regierung und erklärte die vom Regierungsblok gegen die Arbeiter erhobenen Vorwürfe, daß sie Polens Ruf im Ausland schädeten, für falsch und ungerecht. „Am meisten“, so erklärte Dajnyński, „schaden Polen die Reden und Interviews des jetzigen Ministerpräsidenten Bilsudski, der von Polens Abgeordneten als Gaunern und Dieben, vom polnischen Volk als einer Nation von Idioten spricht.“ Da sei es allerdings kein Wunder, wenn der moralische und der finanzielle Kredit Polens schlecht stehe. Anstatt angestrichelt, der sich mehrenden Bestrebungen zu einer Revision unserer Grenzen, die gesamte polnische Nation zu einigen, betätigte sich der Ministerpräsident nur in wütenden Beschimpfungen der Volksvertreter. Dajnyński schloß mit dem Hinweis, daß er ein anderes Verhältnis zwischen Volk und Regierung für notwendig halte, wenn Polen vor schweren Schicksalen bewahrt bleiben soll.

Warschauer Staatsanwalt sieht Gespenster

Nachdem bereits vier Wochen seit der Verhaftung der ehemaligen Sejmabgeordneten vergangen sind, ist jetzt zum ersten Male eine amtliche Mitteilung über die Gründe dieser Verhaftung gemacht worden. Der Warschauer Staatsanwalt Michalowski, dem die Strafverfolgung gegen die Oppositionsführer obliegt, erklärte zu der gegen die sozialistischen Sejmabgeordneten zu erhebenden Anklage: Diese Abgeordneten hätten einen gewaltsamen Umsturz vorbereitet. Nach dem Strafgesetzbuch sei auch die Vorbereitung zu einem Umsturz strafbar. Den verhafteten sozialistischen Führern sei die Ausbildung von Kampfruppen, die Einrichtung von Lehrkursen für Strafkämpfe zur Last zu legen. Weitere Angaben verweigerte der Staatsanwalt. Als am meisten belastet bezeichnete er den früheren sozialistischen Abgeordneten Dubois, aber auch Barlicki, Pragier und Liebermann wären an der Vorbereitung einer bewaffneten Aktion gegen die Regierung beteiligt gewesen.

(Schluß der Politik siehe 2. Beilage 2. Seite.)



- bei Tietz **50** Pf. Damen-Unterzieh-schlüpfer
kräftige 2x2 gestrickte Qualität, desgleichen
echt Mako, 1x1 gestrickt 95 Pfg.
- bei Tietz **1 00** Damen-Schlüpfer
Größe 42-46, kräftige Baumwolldecke mit ange-
rautem Futter Größe 48, 1,25
- bei Tietz **1 45** Damen-Schlüpfer
Größe 42-46, außen Baumwolle mit Kunstseiden-
Effekten, innen warm gefüttert Größe 48, 1,75
- bei Tietz **1 95** Damen-Schlüpfer
außen feinfädige weiße Kunstseide, innen moßig
angeraucht. Ein anderer Schlüpfer, ganz hochwertiger
Qualität Größe 42-46, 2,90
- bei Tietz **1 95** Herren-Unterhemd
Größe 4-6, wolgemischte Qualität mit Doppelbrust
- bei Tietz **1 95** Herren-Unterhose
Größe 4-6, graue Dede, angeraucht weißes Futter
- bei Tietz **1 95** Damen-Unterkleid
Größe 42-48, Baumwolldecke, angerauchtes Futter
- bei Tietz **2 45** Damen-Unterkleid
Größe 42-48, Kunstseidendecke, stark angeraucht
Futter & Voll Größe 48, 2,90

Richtige Größenauswahl für starke Damen und delicate Herren

Leonhard Tietz & Co. Breslau, Chlauer Str. 77/78

Breslauer Nachrichten

Freitag, den 10. Oktober, 20 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes im Gewerkschaftshause: Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Montag, den 13. Oktober, finden allgemeine

Distriktsversammlungen

statt. Jeder Parteigenosse halte sich den Abend frei.

Illertinsel-Kleingärten gefährdet!

bei Verkauf von Schießwerder-Gelände an das Elektrizitätswerk

Die am heutigen Donnerstag stattfindende Stadivertretung wird sich auch mit dem Verkauf eines dem Schießwerder-Vorstande unterstehenden Geländes an das Elektrizitätswerk zu befassen haben. Alle dem Antrage zugestimmt werden, dann wären die Kleingärtenanlagen auf der Illertinsel, die bereits 20 Jahre alt sind und zu den schönsten Schrebergärten Breslaus zählen, dem Verfall preisgegeben.

Der Kleingartenverein „Illertinsel e. V.“ hat sich mit einem Notruf an die Stadivertretung und Magistratsmitglieder, sowie an die Behördenchefs gewandt, in dem es unter anderem heißt: Wir haben in Erfahrung gebracht, daß vom Schießwerder-Vorstand dem städtischen Elektrizitätswerk ein Platz von 9000 Quadratmeter angeboten ist.

Eine unbedingte Notwendigkeit, auf das Angebot einzugehen, kann nicht vorliegen, denn gegenwärtig wird das Gelände noch nicht gebraucht. Außerdem besitzt das städtische Elektrizitätswerk brachliegendes Gelände am Scheibenwege, das sich bis zum Bendersplatz hinzieht. Wir erinnern auch daran, daß der Stadthafen für eine weitere Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes vorgesehen ist. Der Schießwerder-Vorstand kann mit geringeren Ausgaben auf dem bisherigen Schießstand die vorgeschriebenen Änderungen vollziehen. Die Schießstände müßten eigentlich überhaupt außerhalb des Weichbildes der Stadt sein, wie es in anderen Städten Deutschlands der Fall ist. Der Magistrat hat bereits an drei verschiedenen Stellen der Illertinsel Gelände zur Anlage von Schießständen außerhalb der Stadt angeboten. Diese Angebote wurden stets abgelehnt. Aus welchem Grunde? Die Verlegung der Schießstände auf das Gelände der Illertinsel würde die Verlegung des Deiches zur Folge haben. Aber bereits die Verlegung der Schießstände würde einen großen Teil unserer Kleingärten vernichten. Die in nächster Zukunft kommende Verlegung des Damms würde sämtliche Kleingärten vertreiben. Die schon seit über 20 Jahren bestehenden Kleingärten wären vernichtet.

Darum sind wir gezwungen, schärfste Bewahrung gegen ein außerordentlich hohen Kosten verbundene Verlegung der Schießstände einzulegen.

Nun rufen wir den Magistrat, die Stadtmütter und Stadtväter um Hilfe in größter Gefahr:

Nehmt uns nicht das, was wir mit schwersten Mühen und Opfern aus Schutt und Geröll erarbeitet haben. Laßt uns und unserer Kinder die stillen Erholungsplätze, den wichtigsten Ausgleich für unsere engen, düsteren Wohnungen.

Die Anlage sollte bereits dreimal, und zwar in den Jahren 1923 und 1924, veranschlagt werden. Hoffentlich gelingt es auch diesmal sie zu erhalten.

Kinderschänder in einer Proletarierfamilie

Wenn die Eltern abends arbeiten müssen...

Mit der Verhaftung des 48 Jahre alten Arbeiters Georg K. ist die Polizei einem Sittlichkeitsverbrechen auf die Spur gekommen, der sich die Verhältnisse einer Proletarierfamilie zu Nutze gemacht und sich an einem 14jährigen Mädchen vergangen hat.

Der Mann wohnte seit 10 Jahren als Schlafbürche bei der älteren Frau in Carlowitz. Im Nachbarhaus wohnte deren erkrankte Tochter und es war ganz selbstverständlich, daß die Kinder bei der Großmutter aus- und eingingen. Der Vater, der sich mit dem Verdienst als Tagelöhner durchschlug, mußte abends meist abwesend sein und als auch die Frau erkrankte, war es selbstverständlich, daß sich die Kinder mehr als sonst bei der Großmutter aufhielten und bei ihr auch nachschliefen. Aber auch die alte Frau hatte verheißungsvoll eine kleine Beschäftigung als Garderobenfrau und so ließ sie der etwas verwaschene Schlafbürche, auf die Kinder zu geben. Erst als eine Nachbarin eines Abends einmal eine verborgene Kammer, traf sie den Mann in einer Situation an, die verbrecherischen Handlungen an dem 14jährigen Mädchen denken ließ. Nun erst erfuhr die Eltern und die Großmutter, daß ein gemeines Verbrechen ihr Vertrauen gekostet hatten, daß das Kind, das garnicht wußte, was mit ihm vorging, in der Schule abgehängt zu werden drohte. Der Mann ist nun verurteilt worden und hat sein Verbrechen eingestanden.

Politische Demonstration

vor einem Kellerlokal der Nazis

Gelagertlich einer politischen Auseinandersetzung vor dem Kellerlokal Matthiasstraße 166, offenbar zwischen einem Arbeiter der Nazis und einem solchen der Kommunisten kam es am Samstag zu einer Menschenansammlung von mehreren Personen, die eine bedrohliche Haltung gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei einnahmen, die aus dem Kellerlokal Matthiasstraße 6 zur Unterbringung herbeigekommen. Die Nationalsozialisten, die an dem Abende bereits in der Kasse in ein Kellerlokal im Hause Matthiasstraße 6 waren, dieses Lokal ist als Zeitungsverleumdungsraum und als Lagerlokal der Nationalsozialisten bekannt. Die Menge wurde durch die Polizei aufgeklärt und veranlaßt die Unterbringung im Kellerlokal zu verlassen. Gegen die Beamten wurde ebenfalls vorgegangen, so daß zunächst das Ueberfallkommando und die Eingangsöffnung zu Hilfe eilen mußten. Auf der Straße wurden aus der Menge heraus Schenker und eine Person mit Steinen und Flaschen eingeworfen. Personen dabei nicht verletzt worden. Bei der Durchsichtung der Kellerlokal wurde bei den Nationalsozialisten eine Schrotwaffe und zwei Gewehrköpfe gefunden.

Verbesserung der städtischen Wasserwirtschaft

Ausbau der Breslauer Wasserwerke am Weidendam - Erweiterung der Schnellfilteranlage 50 neue Brunnen werden angelegt - Auch das Wasserwerk Deutsch-Lissa wird vergrößert

Der heutigen Stadivertretungsvorversammlung liegt ein Antrag vor, eine Anleihe in Höhe von 2,45 Millionen Mark aufzunehmen zum Ausbau des Breslauer Wasserwerkes am Weidendam und zur Sicherstellung der Breslauer Trinkwasserversorgung.

Die Wasserfalamität dieses Sommers ist gewiß noch in aller Erinnerung. Als am 5. Juli nach wochenlanger Hitze die Ohre zu versiegen drohte und damit die künstliche Anreicherung des Grundwassers in Frage gestellt wurde, während andererseits sich der tägliche Verbrauch dem Quantum von 80 000 Kubikmeter näherte, da mußte der Magistrat an die Bevölkerung appellieren, den Verbrauch soweit, als möglich, einzuschränken. Darüber hinaus wurde aber auch vor dem Genuß des Wassers in ungekosteter Zustände gewarnt, weil es bei den an das Werk gestellten Anforderungen garnicht möglich war, das zugeleitete Oberwasser doppelt zu filtrieren. Die Lage mußte damals als ernst bezeichnet werden und das Wasserwerk wies darauf hin, bei weiter anhaltender Trockenheit die Wasserversorgung nur sicherstellen zu können, wenn die Bevölkerung allen Maßnahmen weitgehendstes Verständnis entgegenbringt.

Es wäre sehr leichtsinnig, nun wieder alles seinen Gang gehen zu lassen, nachdem die kritische Situation überstanden ist. Deshalb soll nunmehr die Schnellfilteranlage wesentlich erweitert werden. Weiter sollen längs der Ohre bei Schwenning und Tschansch 50 Brunnen und eine Heberpumpanlage in Klein-Sägewitz angelegt werden. Darüber hinaus erscheint als ebenso dringlich die Aufstellung einer dritten Kreiselpumpe im Notpumpwerk am Weidendam und die Herstellung einer Ueberleitung von der Oder in die Ohre. Die Anlagen des Wasserwerkes vermögen nach ihrer heutigen Größe täglich etwa 70 000 Kubikmeter Wasser zu liefern. Die Beschaffung dieses Quantums war in der vergangenen Hitzeperiode überhaupt nur durch den Zusatz von Oberwasser durchführbar, das natürlich durch Zusatz von Chlor und Alaun so weitgehend, als nur möglich, gereinigt wurde. Dadurch war es möglich, die Wassersperrstunden, die in verschiedenen Städten eingeführt werden mußten, zu vermeiden, andererseits mußten sich aber die Wassertrinker, die in einem frischen Trunk aus der Wasserleitung eine recht geeignete Labung erblickten, recht erhebliche Entbehrungen auferlegen, denn gekochtes Wasser ist bekanntlich, auch wenn man es kühlt, kein belobender Genuß.

Die Gesundheitsbehörden haben, ebenso, wie Polizei- und Regierungspräsident die Bedenken geltend gemacht, die gegen den Zusatz von Oberwasser geltend zu machen sind. Rückwärtsloste Sperre des Obergerbietes, in dem das Wasser entnommen wird, war eine der ersten Voraussetzungen, die den Gesundheitsbehörden die Wasserentnahme aus der Oder überhaupt erst tragbar erscheinen ließ. Darüber hinaus ist aber von den übergeordneten Behörden der Stadt auch aufgetragen worden, durch einschneidende Maßnahmen, die Wasserversorgung weitgehend zu sichern.

Zu einem grundlegenden Ausbau einer einwandfreien und ausreichenden Trinkwasserversorgung würde nach den bisherigen Berechnungen eine Summe von 25 Millionen Mark erforderlich sein, eine Summe, die im Augenblick in einem überspannten Verhältnis zur Finanzlage steht. Die Stadt muß sich also zunächst damit begnügen, die wichtigsten Maßnahmen durchzuführen, die die Wasserversorgung erst einmal auf die nächsten Jahre sichern.

Ähnlich, wie im Wasserwerk am Weidendam liegen die Verhältnisse im Wasserwerk Breslau-Deutsch-Lissa, dessen Leistungen heute doppelt so hoch sein möchten, als in der Zeit vor 16 Jahren, wo es errichtet wurde. Damals hatte Deutsch-Lissa rund 6000 Einwohner und den Bedarf für diese Einwohnerzahl deckte das Werk vollkommen. Die Verbrauchszahl hat sich aber durch Anschlüsse benachbarter Orte und eigene Ortsvergrößerung nahezu verdoppelt und einige eingemeindete Bezirke warten noch darauf, an das Wasserwerk angeschlossen zu werden. Diesen Ansprüchen ist das Werk ohne entsprechenden Ausbau auf die Dauer nicht gewachsen. Bei Spitzenbedarf im Sommer ist es ausgeschlossen, die Wassermengen zu reinigen und zu fördern, die benötigt werden. Es ergibt sich deshalb die Notwendigkeit, die Filteranlage durch den Bau von zwei Brunnen und die Aufstellung von 4 Pumpen zu erweitern. Weiter wird der Bau eines Reinwaschbehälters erforderlich, der mindestens ein Fassungsvermögen von 800 Kubikmeter haben muß, da der vorhandene Hochbehälter den sommerlichen Anforderungen nicht genügt. In den letzten Zeiten mußte bei gesteigertem Bedarf das Rohwasser direkt in den Schnellleerpumpten Behälter geleitet werden, wogegen nicht nur hygienische, sondern auch technische Bedenken geltend zu machen sind. Bei der Durchleitung von Rohwasser durch das Rohrnetz machen sich in diesem ganz wesentliche Eisenablagerungen bemerkbar. Diese Maßnahmen bedingen also einen viel schnelleren Verschleiß der Leitung. Ein weiterer Mangel ist es, daß der Pumpenantrieb nur durch eine Stromzuführung aus der Leitung gespeist wird und bei einer Stromstörung naturgemäß so gebremst wird, daß tatsächlich schon die ganze Wasserversorgung ausgelehrt hat. Es ist deshalb die Anlage einer zweiten Stromleitung als ein ebenfalls dringendes Erfordernis erachtet worden. Diese Arbeiten erfordern einen Aufwand von 180 000 Mark, und da der Ferienauschuß der Stadivertretungsvorversammlung die Dringlichkeit der Erweiterungsarbeiten anerkannt hat, ist bereits mit der Durchführung der Arbeiten begonnen und damit auch wieder eine Arbeitsgelegenheit geschaffen worden.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Vorlagen, bei denen es sich um äußerst wichtige, die ganze Bevölkerung berührende Fragen handelt, angenommen werden, damit es dem städtischen Wasserwerk möglich ist, die Wasserversorgung auch in den Zeiten zu gewährleisten, in denen der Bedarf besonders stark ist.

Altweiber Sommer in Breslaus Anlagen

Bei den Erwerbslosen - Die Obdachlosen auf den Promenaden Die Herbstsonne und die Alten und Ausgesteuerten

Die Nächte sind schon länger. Es ist kühler und kälter geworden, das Thermometer an dem Geschäft des Optikers zeigt nur noch 6 Grad, wenn der Hausmeister morgens vor dem Straßengang darausschaut. Langsam nur kommt die Sonne über die hohen Häuserwände, fröhlich gehen die ersten Fußgänger zur Straßenbahn, die Radfahrer haben längst Unterjassen angezogen. Der Wind peift jetzt schon ordentlich durch die alten abgetragenen Hosen der Erwerbslosen, die seit frühester Morgenstunde auf der Sternstraße stehen.

Es herbstet, auf dem Lande und in der Stadt. Als sichtbare Beweise gelten die herabfallenden Blätter der Bäume, die gelb und verdorrt über das Steinpflaster rascheln. Die Gräber in den städtischen Anlagen sind gelb. Weiße, flebrige Fäden des Altweiber Sommers schweben durch die Straßen, durch die Anlagen. Mühsam müht man sie aus dem Gesicht und entfernt sie von dem Jadedärmel. Altweiber Sommer.

Auf den Bänken in den Grünanlagen der Innenstadt sitzen die Erwerbslosen in den Strahlen der wenig wärmenden Herbstsonne. Die Hände in den Taschen, der Wind zieht durch die sadenheintigen Kleider. An den Ketten vor den Bänken hängen die Fäden, der Altweiber Sommer, ein Zeichen, das ihnen sagt, daß die Promenade nicht mehr allzu lange ihnen eine Heimstätte ist. Verflucht, jetzt wird es bald kalt. Ich schon nicht mehr zum Aushalten... Und der Winter? Die anderen rufen. Stumm, ohne etwas zu sagen denken sie an die Tage, an denen sie wieder frieren und schlattern werden vor der Kälte. Der Sommer hatte Mitleid mit ihnen. Der Winter ist hart. Wenn nur Arbeit da wäre. Aber... Wie lange tippst Du schon? Den dritten Sommer jetzt. Der vierte Winter steht vor der Tür.

Der Altweiber Sommer ist ursprünglich eine poetische Angelegenheit. Aber nur für die, die die kalten Nächte nicht zu härten brauchen, die eine Wohnung mit einem warmen Bett haben. Die Obdachlosen, die den Sommer über im Freien, auf den Promenadenbänken kampieren, die denken anders darüber. Für die bedeutet der Altweiber Sommer etwas, das man hasßen muß. Denn der Winter ist dann nicht mehr weit. Der Satz ist für diese Varias der Gesellschaft eine Drohung. Er bedeutet mehr für sie, als der notorische Mangel an Geld, an warmem Essen. Er zwingt sie, etwas „auszufressen“. Damit sie ein warmes Obdach für den Winter haben. Da müssen sie in wenigen Wochen eine Fensterheibe einschlagen, oder so etwas Ähnliches, um nicht im Freien zu erfröhen.

Die Herbstsonne ist granam. Sie ist wie ein Kleinod, das man verschwinden lassen muß. Was sie bedeutet, für welche Menschen sie viel und noch mehr bedeutet, das können nur die erkennen, die von ihr beinahe abhängig sind. Die Alten, die auf den Promenadenbänken auf der Diebstahlschule sitzen, um sich zu wärmen, weil sie es in der Dachkammer nicht mehr aushalten können, die kennen den Wert, den die Sonne für sie hat.

Sie pfeifen auf die „Poesie des Herbstes“, sie wollen ihn nicht, denn er ist der noch mildere Vorbote des strengeren und unbarmherzigen Winters, der sie zwingt, den ganzen Tag in den Betten zu bleiben, weil sie das Geld für die Kohlen nicht haben. Die ewig ungeheizte, häßliche Stube zwingt sie in das Joch ihres elenden Dajekas, das sie dessen dauernd bewußt sein läßt, daß es für sie nicht mehr viel Rettung gibt.

Auf den Anlagen am Gneisenaplatz, am Lehm-damm, am Waschteich sitzen sie und hoffen ängstlich, daß es noch lange warm bleiben möge. Die Fäden des Altweiber Sommers gaukeln vor ihren Augen. Ein alter Mann, eisgrauer Kopf, die Hand zittert am Stock, geht langsam auf und ab. Das Sagen ist ihm schon zu kalt. Er wird die paar Pfennige Wohlfahrtsunterstützung aufs Leibband tragen müssen, um seinen Mantel auszulösen. Das heißt für Tage hungern. Aber erfröhen kann er auch nicht. Vergerlich steht er auf das weiße Zeug, das sich um seinen Stock gelegt hat. Der verfluchte Altweiber Sommer -

Für sie alle, die auf der Straße leben, weil sie keine Wohnung haben oder nur eine Schlafstelle, oder weil für sie kein Platz mehr ist, weil die Not alle Altersstufen in ihre Fesseln schmeißt, bedeutet der Altweiber Sommer, den die Küchschlichter besingen und beschreiben, eine Qual. Sie lassen ihn, weil er sie zu dem Bewußtsein erweckt, daß die erträglichere Sommerzeit vorbei ist. Daß die Herbstregen kommen, die kalten Nächte, in denen jeder Tümpel zuzerst und jeder Baum bereist, vor der Tür sind. Das ist die traurige Gewißheit, die ihnen hierdurch zuteil wird.

Für die Erwerbs- und Heimallosen, für die Ausgesteuerten und Wohlfahrtsempfänger sind diese Tage jetzt der Anbeginn einer neuen, schlimmen Jahreszeit. —

„Breslauer Sozialdemokratie für die Nazis“

ist im Organ der Staatspartei, pardon, der Volksnationalen, Verzeihung, der Demokraten zu lesen.

Die armen bedauernswerten Leser der „Breslauer Zeitung“, die bald nicht mehr ein und aus wissen, was für ein Parteiorgan sie in ihren Händen halten, sie mußten gestern erst erfahren, daß nunmehr, nachdem ihre alte Partei krachend gegangen ist, auch die neue bereits zusammenkrachte, und heute lesen sie, daß nun auch die Sozialdemokratie, auf die man immer die größte Hoffnung setzte, für die Nazis ist. Allerdings wird bald der Leser dahinter kommen, daß nur in der Ueberdrift des Artikels und in den drei Zeilen Kommentar der Redaktion eine solche Auffassung, im Gegensatz zu dem aus dem N.S. entnommenen Bericht über unsere letzte Funktionärsversammlung der Partei, zum Ausdruck kommt. Weil nun in diesem Bericht mit aller Deutlichkeit über die Hilfering-Rebe wörtlich gesagt wurde: Für die Sozialdemokratie ergebe sich die Aufgabe, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Möglichkeit, auf parlamentarischem Boden zu kämpfen, erhalten bleibt, und die Nationalsozialisten mit ihren diktatorischen Zielen nicht in den Vordergrund der deutschen Politik kommen, weil dann in der Breslauer Entscheidung zum Ausdruck gekommen ist, daß wir uns nicht an einer Regierungsbildung beteiligen sollen, daraus folgert nun das Blatt, daß wir für die Nazis sind. Weiterer Kommentar ist überflüssig. Wir wundern uns kaum noch über die falschen Schlussfolgerungen, die man in diesen bürgerlichen Tagen zu ziehen gewohnt ist.

Proletarische Morgenfeier der Abteilung Nikolaitor der SPD.

Samstag, den 19. Oktober, 10 Uhr, findet die erste proletarische Morgenfeier der Abteilung Nikolaitor im Zentral-Theater, Westendstraße 50/52, statt.

Aus dem Programm: Musik, Spechchor, Rezitationen Film: „Hunger in Waldenburg“ Eintritt 25 Pfennige. Erwerbslose 15 Pfennige.

Balkankonferenz

Ein Aufruf zur Einheit Südosteuropas

Uns wird geschrieben:

Wenn sich seit dem 14. September Herr Hitler auch als den Nabel der Welt betrachten mag, so gibt es doch in Europa noch andere Probleme als das Hafentreu, und eine Erscheinung wie die eben in Athen tagende Balkan-Konferenz wegen innerdeutscher Sorgen zu übersehen, wäre verfehlt. Zwar handelt es sich nur um eine halbamtliche Zusammenkunft sogenannter privater Vertreter Griechenlands, Rumaniens, Süd-Slawiens, Bulgariens, Albaniens und der Türkei, deren Einberufung vor Jahresfrist auf dem Athener Kongress der Internationalen Friedensgesellschaft beschlossen wurde, aber daß das Internationale Friedensbüro die Tagung im griechischen Parlamentsgebäude eifrig gefördert hat, und daß ihr Delegierte des Völkerverbundes, des Internationalen Arbeitsamts und der interparlamentarischen Union betrogen, zeugt von der Wichtigkeit dieser Konferenz.

Wenn sie sich als Ziel gesetzt hat: Prüfung des Geländes für eine Interessengemeinschaft der südosteuropäischen Staaten zunächst auf wirtschaftlichem und kulturellem Felde, und wenn demnach über ihren Beratungen die Lösung leuchtet: Der Balkan den Balkanvölkern, scheint die Konferenz die Erbschaft des Balkansozialismus angeerbt zu haben. In der Tat hat jeder Zeit, namentlich vor der Katastrophe von 1914, niemand so eindringlich und überzeugend dargelegt, daß nur im engeren Zusammenhange der Völker und Staaten des Balkans ihr Heil liege, wie die Sozialdemokratie; dem Weltkrieg voraus gingen zwei interbalkanische Sozialistenkonferenzen, deren Parole: Bund der freien Balkanrepubliken! schon ein halbes Jahrhundert zuvor von einem der ersten balkanischen Sozialisten, dem genialen Swetozar Markowitsch, ausgegeben worden war.

Aber was die Athener Konferenz anstrebt, ist doch nur ein schwächerer Auszug der sozialistischen Balkanheitsidee. Hinter der Tagung freit treibend die ungenügende Presse, die Wirtschaftsnöte. Auf alle Staaten des Südostens mit ihrer überwiegend agrarischen Struktur drückt die Krise in der Landwirtschaft, eine allgemeine Krise mit Massenarbeitslosigkeit erzeugend. Als eine der Hauptursachen erkennen einschichtige Beobachter die Vereinzelung und Zersplitterung dieser Staaten, die, zu einer ökonomischen Einheit zusammengefaßt, ein ganz anderes Gewicht in die Waagschale des Weltmarktes werfen könnten. Im Kreis der Agrarkonferenzen von Bukarest zwischen Rumänien, Süd-Slawien und Ungarn und Sinaja zwischen Süd-Slawien und Rumänien wird deshalb die Besprechung von Athen einen Agrarblock der beteiligten Staaten ins Auge fassen; Ausgestaltung der gegenseitigen Konkurrenz, Organisation der Ausfuhr, Getreidelieferung, Zollunion, Ein- und Ausfuhrmonopole, gemeinsame Tarifpolitik — solche Fragen werden sich neben den Verkehrs- und Finanzproblemen in den Vordergrund drängen.

Unter den Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft, aus denen sich hauptsächlich die Athener Konferenz zusammensetzt, befinden sich aber nicht umsonst zum mindesten zwei hervorragende Sozialdemokraten: der Generalsekretär der jugoslawischen Arbeiterkammer, Dr. Topalowitsch, und der rumänische Abgeordnete Miresko. Denn auch um Ausbau, Ausgleich und Wechselseitigkeit der Arbeitergesetzgebung in den verschiedenen Balkanstaaten werden sich die Verhandlungen drehen; vieles liegt hier noch im Argen, vorant, daß Albanien und die Türkei nicht die Spur einer Arbeiterorganisation aufweisen, Griechenland über Sozialisten nicht hinausgelangt ist, und auch in Rumänien, Süd-Slawien und Bulgarien vieles auf dem Papier stehen blieb, was Mittel- und Westeuropa in die Wirklichkeit überführt haben. In diesem Zusammenhang wird der Gedanke der Schaffung eines interbalkanischen Arbeitsamtes vorzutragen werden.

Aber die Athener Konferenz entbehrt durchaus nicht der politischen Bedeutung. Sie führt in der Richtung eines Balkan-Locarno vor und enthält im Keim den Versuch, dem Pan-Europa-Plan Briand's durch Bildung regionaler Einheiten, hier durch Zusammenfassung des europäischen Südostens näher zu kommen. Allerdings stoßen sich hier im Grunde die Köpfe. Zum Teil haben die Balkanvölker, noch an überlieferten Stammesvorurteilen und sind noch nicht einmal zum Gedanken der nationalen Einheit durchgedrungen, so daß die Lösung einer übernationalen Einheit keineswegs allseitig und auf gleichem Verständnis treffen wird. Zudem haben die von 1912 während der Krise folgende Hinterlassenschaft, ohne deren Vereinigung der Zusammenhänge der Balkanstaaten problematisch erscheint. Noch vor Zusammenritt der Konferenz verließen die Bulgaren die makedonische Frage auf die Tagesordnung zu legen. Als dieser Versuch, ungewöhnliches Sprengpulver in den Verhandlungstisch einzuschleusen, von den Einberufern abgewehrt wurde, zeigten die Bulgaren die kalte Schulter und erklärten, nicht nur machen zu wollen, ein Beispiel der im Zentralgange der bulgarischen Sozialdemokratie heftige Kritik ertönen. Wenn sich Bulgarien nichtträglich den Coitus auch noch einmal überlegt zu haben scheint, so führt doch die Verknüpfung zwischen Belgrad, Athen und Sofia des Herrsche eines Balkanbundes, und diese Verknüpfung nicht ohne eine alle Teile betriebsfähige Lösung der makedonischen Frage im Weid hängen.

Die eigentliche Gefahr liegt außerhalb des Balkans. Wie leicht hat zu einem Zeitpunkt, da der bulgarische König eine Prinzessin aus dem Hause Savoyen zu politischer Ehe heimführt, und bulgarische albanische Jugend in Rom begeistert Mussolini jubelt, die Gefahr der Balkanunion, zu einem Werkzeug Italiens gegen Athener Konferenz, Balkanunion und Balkanbund zu werden, wenn Albanien sich als italienischer Trabant an Verhandlungstisch sitz! Denn der Faschismus mit seiner großen Öden geschriebenen Ausdehnungspolitik sucht mit allen Mitteln den ihm gegenüberliegenden Zusammenhänge der Balkanstaaten zu zerstören, der Faschismus wandelt auf der Hauptbahnlinie in den lebensfähigen Zusammenhänge der Balkanstaaten und sprengt die europäischen Imperialismus, der Faschismus ist der Feind der Balkanunion und des Balkanbundes hier wie überall.

Aber was wegen der Weltwirtschaftlichen Zusammenhänge einige Schritte wegen der Ergebung der Athener Zusammenkunft an Politik, die Konferenz verdient Aufmerksamkeit und Erwähnung als ein erster Versuch, im Schatten des Schicksals eine Einheit zu schaffen, ohne die die Einheit Europas undenkbar ist.

Gerhard Heibel.

Die Revolution in Brasilien

Wieder Erfolg der Revolutionäre

Am 10. Januar, 8. Oktober. (Eigener Bericht.)

Die brasilianische Aufstandsbewegung nimmt von Stunde zu Stunde an Umfang zu. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch besetzten die aufständischen Truppen nach einem blutigen Kampfe den Ort Pernambuco. Natal wurde ebenfalls genommen. Es verheißt, daß auch Bahia bereits in den Besitz der aufständischen Truppen gelangt ist.

In Pernambuco wurden hundert Gefangene und Tausende der kriegsgefangenen Soldaten von einer fünf Stunden langen Artilleriebeschießung verschont. Der Widerstand in den benachbarten Provinzen wird ebenfalls durch die Truppen des Bundes aufgehoben werden. In der Nacht zum Mittwoch zu Lohr gerichtet.

Verständigung mit dem Feinde ist ausgeschlossen.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V.

Babelarten für Erwachsene sind im Kartellbüro abzuholen.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

12. Männer-Abteilung. Sonntag, den 12. Oktober, 9 Uhr. Straßenlauf: „Rund um Zimpel“, offen für alle Kartellvereine. Länge: 1200 Meter für Jugend, Sportlerinnen und Altersportler: 2800 Meter und 6000 Meter für Männer. Start und Ziel: Erholungsstätte der A.O.R., Zimpler Straße. Meldungen werden noch am Start angenommen.

Wasserport

Freie Schwimmer Breslau. Montag, 13. Oktober, 20 Uhr. im Gewerkschaftsbaule: Wichtige Wasserball-Ausstellung. Mannschaftensführer und Abteilungs-Wasserballspieler erscheinen.

Freie Schwimmer Breslau — Jugendabteilung. Morgen, 20 Uhr. im Gewerkschaftsbaule: Sitzung aller Jugendfunktionäre.

Wasserball-Serienziele am 14. Oktober. Jugend, 20.15 Uhr: Nord I — Ost I. Schiedsrichter: Duchale. Männer-B-Klasse, 21.45 Uhr: Süd I — Nord IV. Schiedsrichter: Blase. Männer-A-Klasse, 22 Uhr: Nord I — Nord II. Schiedsrichter: Geide. Erstgenannte Mannschaft hat Platzbau. Spielformular sofort an den Wasserballabteilung ausliefern. Jede Mannschaft muß unbedingt 5 Minuten vor Beginn des Spieles am Ballstrand fertig stehen.

Freie Radervereinigung — Jugendabteilung. Heute Jugendversammlung, Cecilienstraße. — Sonnabend: Zofienfahrt. Meldungen am Genossen Pohl.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Breslau-Platz. Freitag, den 10. Oktober, 19.15 Uhr. Versammlung bei Laube. — Sonntag, den 12. Oktober, Fußmarsch. Abfahrt der Juchie 13.10 Uhr von Laube. Gelände wird baldmöglichst bekannt gegeben.

Arbeiter-Radfahrer-Abteilung Klein-Gandau. Sonntag, den 12. Oktober: Fußmarsch. Start 2 Uhr. Vereinslokal.

Turnverein „Die Naturfreunde“

Heute: Vorstandssitzung. — Freitag: Vergnügungsausflug. Alle Kinder, die Eltern die Schule verlassen und die Zweijahresfahrt mitgemacht haben, treffen sich Sonntag früh 7.8 Uhr am Striegauer Platz zu einer Fahrt. Veranlassung für den ganzen Tag ist mitzubringen.

Arbeiter-Sportverein Breslau

Sonnabend, den 11. Oktober, 20 Uhr, wichtige Versammlung. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Kurze Vorstandsbesprechung.

Konzerte / Theater / Vergnügung

Stadt-Theater. Heute, 19.30 Uhr, die Johann Strauß'sche Operette „Die Fledermaus“. Aufführung. In den Hauptrollen: Karl Schöberl, Baron, Dewald, Heyer, Kreuziger, Koller, Radem, Singer, 20.15 Uhr: „Der fliegende Holländer“ mit Walter W. Titelpartie. Senta: Kluge-Schnefeld. Erik: Singer, Paland; 21.15 Uhr: „Die lustige Witwe“. — Sonnabend, 20.15 Uhr, die Operette „Der lustige Krieger“. — Sonntag, 15 Uhr: „Die Fledermaus“, Sonntag, 15 Uhr: „Die Fledermaus“, Montag, 20.15 Uhr: „Tosca“.

Oper-Theater. Heute, 20.15 Uhr, zum letzten Male „Der Herr von Kränzel“. Premiere. Freitag und Sonnabend, 20.15 Uhr, die Operette „Die Fledermaus“. Freitag und Sonnabend, 20.15 Uhr, die Operette „Die Fledermaus“. Freitag und Sonnabend, 20.15 Uhr, die Operette „Die Fledermaus“.

Theater-Theater. Nur noch Donnerstag und Freitag, 20.15 Uhr, 15.30 Uhr, zu kleinen Preisen „Ingeborg“. Komödie von Premierenbesetzung. — Sonnabend: Aufführung „Patsch Mutter“ von Bloch und Klein, deutsch von Rudolf Kommer. Mit Hohenhausen mit Gesangs- und Tanzsolisten, die von dem Hauskapelle, geliefert wird. Die Inszenierung des Stückes liegt in Oster Gabelsberger, Berlin, als Gast.

Schauspielhaus. Täglich: „Drei Russetiere“. Premiere mit Grete Schlich, Ivo Guttmann, Ivo Zimmer, Guido Soroff. 16 Uhr: „Das Land des Käufers“.

Schlesische Philharmonie. Montag, den 13. Oktober, 20 Uhr, Konzertsaal: 1. Polonaise-Konzert (Erführung „Variation ungarisches Volkslied“ von Jabor; ferner die 4. Sinfonie von Schumann, Franz Osborn (Klavier). (Beethoven-Klavierkonzert in G-dur.) Begegannen.

Täglicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau:

(Radfahrer, auch mit Quecksilber, verboten.) Die unruhige und wechselhafte Witterung hält unerschüttert an dem Abzug der St. Antonenreihe dringen die Störungen der neuartigen Reifezeit vom Atlantik aus über Mitteleuropa vor. Nachsten für das nächste Wochenende und die folgenden Witterung bei böigen, zeitweise heftig aufsteigenden westlichen Winde bewirkt, Niederschläge meist in Form von Schauern, ernachte Abkühlung. Nachsten für das nächste Wochenende: heftig hüftlicher, wechlicher bis nordwestlicher Wind, neblig, schauer, Temperaturrückgang. Sonnenaufgang 8.15 Uhr. Sonnenuntergang 17.18 Uhr.



<p>95</p> <p>Normalhemden</p> <p>Normalhosen</p> <p>Damen-Futter-Schlüpfer</p> <p>Herrnsocken</p> <p>Unterziehstrümpfe</p> <p>Baumsthandtücher</p> <p>6 Staubtücher</p> <p>6 Taschentücher</p> <p>Handtuch</p> <p>Lauch-Gardinen</p> <p>1 Meter Läufstoff</p> <p>Stores</p> <p>Vollseiner</p> <p>6 Speiseteller</p> <p>6 Kaffeeteller</p>	<p>195</p> <p>Damenschlüpfer</p> <p>Normal-Einsatzhemden</p> <p>Kinder-Normal-Anzüge</p> <p>Damenstrümpfe</p> <p>Kaschmirstrümpf.</p> <p>Jacquardsocken</p> <p>Kamelhaarsocken</p> <p>Jumperschürzen</p> <p>Hemden-Barchent</p> <p>Crêpe caid</p> <p>Schwedenlein.</p> <p>Läufstoff</p> <p>Bettvorlagen</p> <p>Etamine-Gardinen</p> <p>Wasserkannen</p>	<p>295</p> <p>Madras-Garnit.</p> <p>Flammenrips</p> <p>Gardinensängen</p> <p>Kaffee-Tischdecken</p> <p>Wollbettlaken</p> <p>Jumperschürzen</p> <p>Damen-Schlüpfer</p> <p>Normalhosen</p> <p>Tweedstoffe</p> <p>Männer-Barchenthemden</p> <p>Damen-Prinzeßröcke</p> <p>Herr.Cachenez</p> <p>Aktentaschen</p> <p>Dam.-Handtasch.</p> <p>Spirituskoch.</p>	<p>395</p> <p>Lederhaussch.</p> <p>Oberhemden</p> <p>Prinzeßbrücke</p> <p>Herr.Nachthemd</p> <p>Normalhemden</p> <p>Futter-Hosen</p> <p>Dam.-Prinzeßröcke</p> <p>Schlafdecke</p> <p>Damast-Tischdecken</p> <p>Tüll-Gardinen</p> <p>Tüll-Bettdecke</p> <p>Bettvorlage</p> <p>Monteurjacke</p> <p>Berufsmantel</p> <p>Schirme</p>
--	--	--	--

preiswerter GE
Antik
Kaufhaus
Vorwärts
Reudestr. 15